

## "Sozialtourismus" ist das Unwort des Jahres 2013

Seit dem Jahreswechsel dürfen Rumänen und Bulgaren - im Gegensatz zu den bisherigen Regelungen - ohne Arbeitsgenehmigung in Deutschland einen Job annehmen. Noch bevor ein einziger Mensch aus beider Länder nach Deutschland eingereist ist, wird von einigen Politikern und Medien mit dem Ausdruck "Sozialtourismus" gezielt gegen diese Einwanderer Stimmung gemacht. Die Jury, die "Sozialtourismus" zum Unwort des Jahres 2013 gekürt hat, begründete die Auswahl u.a. damit, dass dieser Ausdruck Menschen diskriminiere, die aus purer Not in Deutschland eine bessere Zukunft suchen, und ihr prinzipielles Recht hierzu verschleierte.



Völlig unbegründet wird suggeriert, dass Einwanderer nach Deutschland einreisen, um hier die Sozialkassen zu plündern. Vielmehr aber führt der „Steuertourismus“ und die sozialisierten Milliardenverluste der Banken zur Plünderung der Staatskassen.

Die CSU setzt in der Einwanderungsdebatte einen drauf und formuliert: "Wer betrügt, der fliegt". Wer denn nun – die Steuerbetrüger und Schmuggler von FC Bayern? CSU Politiker, die Familienangehörige beschäftigt haben? oder jene Politiker, die mit ihren plagiierten Doktorarbeiten betrogen? Ganz zu schweigen von dem systematischen Betrug und den Schmiergeldaffären der Banken- und Konzernmanager in Milliardenhöhe.

### "Festung Europa"

Auch EU-weit wurde im vergangenen Jahr oft über Migranten und Flüchtlinge debattiert. Unmengen von Krokodilstränen wurden ergossen, als Berichte über unmenschliche Bedingungen in Flüchtlingsunterkünften in Italien oder Griechenland bekannt wurden. Den Höhepunkt erreichte diese „Empörung“, als vor der Italienischen Insel Lampedusa hunderte Menschen im Mittelmeer ertranken.

Die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 bzw. das „Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge“ von 1967 (dem 144 Staaten beitraten), sollte Flüchtlingen, die verfolgt werden eine Zufluchtsmöglichkeit mit einem möglichst einheitlichen Rechtsstatus bieten.

Doch die Praxis in der EU und in Deutschland sieht anders aus. Um EU-Außengrenzen herum werden unsichtbare Mauern errichtet, um genau diese Konvention nicht zu praktizieren. Dazu werden u.a. Abkommen mit Anrainerstaaten unterzeichnet. Im Dezember des vergangenen Jahres hat die EU mit der Türkei ein Abkommen unterzeichnet, in dem sich Ankara verpflichtet, alle Flüchtlinge wieder aufzunehmen, die über ihr Territorium in die EU gelangen. Bezahlt wird für diesen Dienst mit Aussicht auf Visa-Erleichterungen für türkische Bürger.

Auch die Sicherung der Grenzen werden personell und technisch von Jahr zu Jahr verstärkt. Die EU-Grenzpolizei Frontex und die Patrouillen im Mittelmeer sorgen dafür, dass nun jährlich hunderte von Menschen versuchen Nachts per Schlauchboot die italienische oder die griechischen Inseln zu erreichen. Bis zu 40.000 Flüchtlinge sind seit 2008 im Mittelmeer ertrunken.

Für die Überlebenden geht der Kampf um die Anerkennung ihrer Rechte und für menschenwürdige Lebensbedingungen in den jeweiligen Zielländern weiter. Auch in Deutschland mussten beispielsweise Lampedusa-Flüchtlinge in einer Hamburger Kirche

vor der „schützenden“ Hand des Staates Zuflucht suchen. Mit Hungerstreiks in vielen deutschen Städten haben die Flüchtlinge gegen die Art ihrer Unterbringung, gegen Essenspakete und die Residenzpflicht sowie für ihre Anerkennung als politische Flüchtlinge protestiert. In München wurde einer der Proteste von der Polizei gewaltsam beendet. Der Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrates Alexander Thal sagte dazu:

"Die streikenden Flüchtlinge wurden von unmenschlichen Lebensbedingungen zu ihrem verzweifelten Protest getrieben. Dass eine Verhandlungslösung scheiterte, liegt klar am kaltherzigen Agieren der CSU."

Angestachelt von rechtspopulistischen Parolen der bürgerlichen Parteien und der NPD protestierten in einigen Städten in Deutschland Einwohner gegen Flüchtlingsunterkünfte in ihrer Nachbarschaft. So auch in Stuttgart-Feuerbach. Als im Dezember die Pläne der Verwaltung bekannt wurden, wonach auf einer städtischen Brachfläche nahe einer Kindertagesstätte und einer Schule eine Unterkunft für bis zu 159 Flüchtlinge errichtet werden sollte, wollten vier Anwohner-Familien gegen diese möglichen Pläne juristisch vorgehen.

Es ist nicht verwunderlich, dass auf diesem Nährboden der Ausgrenzung und des Rassismus neue Rechtsbündnisse und Parteien in der EU entstehen. Wohin dies führen kann hat uns die 13 Jahre lang, unbehelligt mordende, NSU gezeigt.

Während mit Freihandelszonen und diversen Abkommen dem globalen Kapitalfluss alle Schranken aus dem Weg geräumt werden, wird mit allen Mitteln versucht, die Bewegungsfreiheit der Menschen, die durch Ausbeutung und Kriege ihre Lebensgrundlage in ihren Heimatländern verloren haben, einzugrenzen.

Solidarisches Miteinander statt Ausgrenzung!

Hoch die Internationale Solidarität!